



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11030 Berlin

Präsidenten des Deutschen Bundestages  
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert MdB  
- Parlamentssekretariat -  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Datum: Berlin, *18.01.11*  
Seite 1 von 1

Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms,  
Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend  
„Vergabepaxis bei Förderprogrammen für deutsche Reedereien“  
- Drucksache 17/4364

Anlagen: Antwort der Bundesregierung auf die oben bezeichnete  
Kleine Anfrage (mit 5 Mehrabdrucken)

Sehr geehrter Herr Präsident,

als Anlage übersende ich die Antwort der Bundesregierung auf die  
oben bezeichnete Kleine Anfrage. Mehrabdrucke dieses Schreibens  
mit Anlagen für die Fraktionen des Deutschen Bundestages sind bei-  
gefügt.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe  
mit freundlichen Grüßen

Enak Ferlemann

**Enak Ferlemann, MdB**  
Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister für Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT  
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250  
FAX +49 (0)30 18-300-2269

psts-f@bmvbs.bund.de  
www.bmvbs.de



Anlage  
zum Schreiben  
vom 18.01.2011

Antwort  
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend

**„Vergabepaxis bei Förderprogrammen für deutsche Reedereien“**  
- Drucksache 17/4364

**Frage 1:** *Hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Prüfung des Falles abgeschlossen und wie bewertet sie die vom Bundesrechnungshof bemängelte Vergabepaxis bei Förderprogrammen für deutsche Reedereien?*

**Antwort:**

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat die Prüfung zum Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH) gemäß § 88 Abs. 2 BHO über die Einbindung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (WP) in die Schifffahrtspolitik vom 29.12.2009 abgeschlossen. Das BMVBS hat den Empfehlungen des BRH zur Vergabepaxis wie folgt entsprochen:

- Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Förderprogramme für die Seeschifffahrt  
Das BMVBS hat das mit der WP bestehende Vertragsverhältnis zum 31.12.2010 gekündigt. Das BMVBS hat zugleich Maßnahmen ergriffen, um die Förderprogramme ab dem 1. Januar 2011 ordnungsgemäß, wirtschaftlich und transparent neu zu organisieren. Ab dem genannten Zeitpunkt erfolgt die Wahrnehmung der Aufgaben allein durch das zuständige Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (Behördenlösung).
- Beratervertrag zur Schifffahrtspolitik  
Das BMVBS hat den Beratervertrag zur Schifffahrtspolitik zum 31. Dezember 2010 gekündigt und wird die Leistungen als Rahmenvereinbarung mit einer maximalen Laufzeit von vier Jahren im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens europaweit ausschreiben.
- Gutachten zur Schifffahrtspolitk  
Das BMVBS wird künftig insbesondere darauf achten, dass Gutachten zur Schifffahrtspolitk nur an Unternehmen vergeben werden, die eine unabhängige und objektive Bewertung gewährleisten. Das BMVBS wird außerdem bei der Vergabe sicherstellen, dass etwaige aus der Zusammenarbeit mit dem Bund resultierende Informationsvorsprünge einzelner Bieter ausgeglichen werden.

**Frage 2:** *Falls nein, wieso wurde die Prüfung noch nicht abgeschlossen und wie wirkt sich dies auf die neue Vergabepraxis aus?*

**Antwort:**  
Das BMVBS hat die Prüfung abgeschlossen.

**Frage 3:** *Wie wird die Vergabepraxis an externe Dienstleister ab dem 1. Januar 2011 geändert, damit es künftig nicht wieder zu einer kritischen Verflechtung kommt?*

**Antwort:**  
Zur Vergabepraxis ab 01.01.2011 wird auf die Antwort zur Frage 1 verwiesen. Das BMVBS stellt fest, dass der BRH bei seiner Prüfung keine Anhaltspunkte dafür gefunden hat, dass es bei der von ihm dargestellten Verflechtung tatsächlich zu Fehlbeurteilungen oder sachfremden Erwägungen zu Lasten des Bundes gekommen wäre. Konkrete Hinweise hierauf hat der BRH in seinem Bericht vom 29.12.2009 nicht dokumentiert. Die WP hat gegenüber dem BMVBS bestätigt, dass die gesetzlichen Regelungen zur Überprüfung der Unabhängigkeit eingehalten werden und insbesondere kein interner Informationsaustausch stattfindet. Unabhängig hiervon werden die vom BRH beschriebenen Verflechtungen künftig durch die Umstellung der Aufgabenerledigung auf die Behördenlösung vermieden.